Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung
(BBNS)

Parteivorstände und Verhandlungsdelegationen von
Die Linke Berlin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin
SPD Berlin

Berlin, 01. November 2026

UNSERE FORDERUNGEN FÜR DEN KOALITIONSVERTRAG

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 20. September haben die Berlinerinnen und Berliner einen stadtentwicklungspolitischen Kurswechsel gewählt!

Die Menschen in Berlin erwarten einen Neuanfang für einen gerechten und nachhaltigen Umgang mit ihrem Lebensraum - statt wieder ihre vielschichtigen Belange dem Bauen, bauen, bauen-Paradigma zu opfern.

Die Menschen in Berlin erwarten eine Neuausrichtung der Stadtplanung - weg von völlig überhöhten Zielzahlen für den Wohnungsneubau, Wild-West-Bauen ohne Beachtung der infrastrukturlichen Belange der Menschen vor Ort und Narrenfreiheit für die Bauherren.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die die aktuellen und künftigen Bedarfe der Menschen in unserer Stadt berücksichtigt, haben wir unabdingbare Forderungen entwickelt, die in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden müssen.

Wir wünschen der zukünftigen Koalition erfolgreiche Verhandlungen und uns allen ein Gesamtergebnis, welches den Menschen in Berlin Optimismus für eine lebenswerte, zukunftsfähige und starke Stadt vermittelt.

Das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung (BBNS) vereint derzeit fast 50 Bürgerinitiativen, die sich in ganz Berlin mit zerstörerischen Bauvorhaben, Versiegelung und Abriss konfrontiert sehen und für eine integrative, nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung eintreten.

Soziale und grüne Infrastruktur bedarfsgerecht gewährleisten

- Überall bedarfsgerechte und gesetzlich geforderte Versorgung mit sozialer Infrastruktur, einschließlich wohnungsnaher und siedlungsnaher öffentlicher Grünanlagen, Spielplätze, Sportanlagen und Nahversorgung, sicherstellen

- Sicherung und bedarfsgerecher Ausbau von Nachbarschaftsflächen, freiflächenbezogenen Erholungsräumen, Freiflächen, unversiegelten Flächen, Vegetationsbeständen, z.B. Erhalt der Sportwiese im Jahnsportpark, Erhalt der grünen Höfe im Ilse-Kiez und im Grünen Kiez Pankow

- Keine Waldinanspruchnahme bei Bauvorhaben, z.B. Emmauswald, Buch Am Sandhaus

- Verpflichtender qualifizierter Freiflächengestaltungsplan im Baugenehmigungsverfahren

- Klimaanpassungsgesetz Berlin (BäumePlus-Gesetz) umsetzen und ergänzen um Erhalt des gesamten vorhandenen Baumbestandes (auch auf privaten Flächen, z.B. der LWU)

- Straßenumbau nur mit Rücksicht auf Baumbestand, z.B. Ollenhauerstraße, Torstraße

- Den Erhalt von Spielplatz- und Erholungsflächen für Bestandsbewohner **gesetzlich sichern** und **ein Überbauungsverbot in Berliner Bauordnung verankern**, um einen Verlust durch Überbauen bei Nachverdichtung zu verhindern

- Natürlichen Klima- und Hitzeschutz, Schutz des Wasserhaushalts, Landschafts-, Biotop- und Artenschutz, Städtebaukultur sichern

100% Transparenz und echte Beteiligung der Bevölkerung an der Stadtentwicklung

- Frühzeitige Information und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe bei allen Aspekten der Stadtentwicklung sichern, z.B. Bauvorhaben Buch Am Sandhaus

- Kostenlose uneingeschränkte Akteneinsicht ermöglichenAktuelle, digitalisierte Informationsangebote zu allen Bauvorhaben bereitstellen

- Fristen für Beteiligung der Anwohnenden, Planungsbetroffenen, Fachöffentlichkeit, Umweltverbände auf 3 Monate verlängern

Natur- und Artenschutz stärken und kontrollieren

- Arten-, Klima- und Hitzeschutz müssen bei allen Bauvorhaben bedacht und umgesetzt werden

- Bauherren müssen in Bezug auf Natur- und Artenschutz kontrolliert werden

- Unabhängige Artenschutzgutachten müssen verpflichtend sein bei allen Vorhaben der Stadtentwicklung

- Moratorium für alle Baumfällungen und Stopp der aktuell geplanten Baumfällarbeiten, auch für zeitweilig ausgesetzte Straßenumbau- und Wohnungsbauprojekte

- Baumfällgenehmigungen dürfen nicht automatisch mit der Baugenehmigung erteilt werden

- Alternativen, die den Baumbestand schonen, sollen verpflichtend geprüft und umgesetzt werden müssen

- Die Möglichkeit des finanziellen Ausgleichs für Baumersatzpflanzungen abschaffen

Nachhaltige LWU-Steuerung: Grünflächenschutz und verbindliche Bürgerbeteiligung statt neuer Betonwüsten

- Steuerung der LWU durch den Senat im Hinblick auf nachhaltige, klimafreundliche Quartiersentwicklung, sowie Berücksichtigung aller Bedarfe wie Grünflächen, Sport- und Spielflächen

- Hierbei Priorität auf Erhalt vorhandener Spiel- und Freiflächen und Baum- und Vegetationsbestand

- Gerade bei Bauvorhaben der LWU muss es Transparenz und echte Bürgerbeteiligung geben

Planloses Bauen beenden, Gleichstellung aller vor dem Baugesetz herstellen

- Weniger Genehmigungen für planloses Bauen nach §34 BauGB - Baugenehmigungen nur unter Beachtung von Infrastruktur und ökologischer, sozialer Aspekte erteilen

- Gemeinbedarfs- und Infastrukturplanung deutlich stärken, mindestens auf gleichen Rang wie Bearbeitung des Einzelgrundstücks

- Komplexe Planung und Deckung des Versorgungsbedarfs der Bevölkerung (Grün-, Erholungs- und Spielflächen, Nahverkehr, Bildung/Kindereinrichtung, Nahversorgung, Gesundheit und Pflege)

- Als Planungsinstrumente hauptsächlich B-Pläne aufstellen

- B-Plan-analoge Planungen aus DDR-Zeit als gleichwertig zu B-Plan behandeln, Aussagen der Planungen weitgehend belassen

- Bereichsentwicklungspläne für alle Stadtteile und -quartiere in Verantwortung der Bezirksämter regelmäßig aktualisieren und durch Beschluss der BVV festsetzen

- Bundesratsinitiative für eine Überarbeitung von § 34 BauGB anstreben - hin zu verpflichtender Bürgerbeteiligung und Beachtung der ökologischen, sozialen und verkehrlichen Infrastruktur

Handlungsfähigkeit der Bezirke stärken

- Planungsrecht für Bauvorhaben soll - wegen der Kompetenz vor Ort - vorrangig bei den Bezirken liegen

- Personelle, technische und finanzielle Stärkung der bezirklichen Behörden, vor allem der Umwelt- und Naturschutzämter - für eine Verwaltung, die geltendes Recht durchsetzen kann

- Senat soll durch entsprechende Regelungen den Bezirken sorgfältige, qualitätvolle, nachhaltig tragfähige Planung ermöglichen

Neubau mit Augenmaß und Verbesserungen der Lebensbedingungen für alle

- Bei Nachverdichtung und Bau neuer Stadtquartiere die Bedürfnisse und Bedenken der Anwohnerschaft ernst nehmen und berücksichtigen

- Für mehr bezahlbaren Wohnraum vor dem Neubau andere Wege priorisieren, z.B. Verstetigung von Sozialbindung, mehr Sozialbindung, Mietpreisbremse / Mietendeckel, Bekämpfung von Mietwucher (auch im Gewerbebereich!), bekämpfen illegaler Ferienwohnungen, Begrenzen von möbliertem Wohnen und Kurzzeitwohnen

- Für neuen Wohnraum vor dem Neubau andere Wege priorisieren, z.B. Aufstockung, Bebauung bereits versiegelter Flächen, Umbau von leerstehenden Büroflächen (aktuell mehr als 2 Mio Quadratmeter)

Bestandsertüchtigung vor Abriss

- Paradigmenwechsel: Bestandsertüchtigung, Sanierung und Umnutzung priorisieren statt Abriss-Neubau-Logik

- Abriss-Moratorium erlassen - nicht zuletzt ein unabdingbarer Beitrag zur Klimneutralität, z.B. SEZ erhalten und weiterentwicklen, Sternhäuser an der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik erhalten und umnutzen

- Vereinfachung und Anpassung der Bauvorschriften, um Nutzungsänderungen zu ermöglichen, z.B. Nutzungsänderung von Gewerberaum zu Wohnraum inkl. Mieterschutz

Gemeineigentum fördern

- Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne umsetzen

- Gesetz erlassen, das die Rückführung von Grund und Boden in Gemeineigentum fördert

- Berlin darf keinen Grund und Boden mehr verkaufen und muss Vorkaufsrecht bei Immobilienverkäufen haben

- Spekulative Grundstücksgeschäfte verhindern durch terminliche Auflagen für Baubeginn und Möglichkeit des Vorkaufsrechts für Berlin zum Original-Kaufpreis bei Nichteinhaltung